

"Es ist vaterländische Pflicht, die Noten den Banken zurückzubringen"

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zürcher Illustrierte**

Band (Jahr): **17 (1941)**

Heft 8

PDF erstellt am: **11.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-751541>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Es ist vaterländische Pflicht, die Noten den Banken zurückzubringen»

Von der Dienstpflicht des Geldes

«Es ist an der Zeit und zugleich vaterländische Pflicht», so schrieb am Jakobstag des vergangenen Jahres die Schweizerische Nationalbank in einem Aufruf, die Noten den Banken zurückzubringen oder in einheimischen Werten auszulösen und damit unserer öffentlichen und privaten Wirtschaft die Geldmittel zuzuführen, deren sie dringend bedarf. Wie fortführte, Noten im Bankrot und im Uebermaß zu Hause zu verwalten, handelt gegen die Interessen der Allgemeinheit und leistet dem Lande einen schlechten Dienst.»

Wie man sich merken kann, hat der Aufruf nicht den gewünschten Erfolg. Infolgedessen ist auch der Ruf nach der «Dienstpflicht des Geldes» nicht mehr verstummt, sondern im Gegenteil immer lauter geworden. Allerdings hat das laufende Geld nun seiner nicht gestreikt... der Ansturm auf die Läden und die «Hammerwelle» sind dafür Zeuge. Aber das heißt, das Geld als Kredit versagt dem Vaterland seine Dienste. Und dies erregt in den weitesten Kreisen immer größeren Unwillen.

Nicht das «der Streik des Geldes» von heute etwas Neues, noch nie Dagewesenes wäre! Schon 1910 schrieb Herbert Hoover, damals noch Präsident der Vereinigten Staaten, einen Artikel mit dem Titel: «Der gehammerte Dollar: die große Gefahr der Geldhamsterei für alle Staaten.» Er bezeichnete darin den Geldhamsterei als eine nationale Gefahr und als «Feind der nationalen Sicherheit». Vier Jahre später erklärte der französische Finanzminister Bonnet vor dem Senat wörtlich, die Geldhamsterei sei die Ursache der Notlage Frankreichs.

Aber auch in der Schweiz hat schon Bundesrat Schaubach vor zehn Jahren das Geldhamstern als ein «Verbrechen am Volke» bezeichnet, und Finanzminister Dr. Hans Tobolski, der Exekutivpräsident des schweizerischen Gewerbeverbandes, schrieb: «Theaurierung ist das Unsinnigste, was es überhaupt geben kann. Geld ist das wirtschaftlich treibende Element. Theauriertes Geld ist für die Wirtschaft, der es dienen sollte, absolut verloren.»

Wird also Geld theauriert, so stünde der Wirtschaftsläufen beinahe still. Er be-
denkt auch, daß das theaurierte Geld dem Staat nicht einmal Steuern zahlt. Das braucht tatsächlich gehammertes Geld heute nicht zu sein, praktisch steuerlos.

Dagegen hat die Geldhamsterei — so sagt es wieder die Schweizerische Nationalbank — «Kreditbewegung und Zinsverzehrung zur Folge». Es ist klar,

w a r u m das so ist: sobald das Geld ohne Schaden eingepreist werden kann, muß ihm Zins vergoeben werden, damit es wieder zum Vorschein kommt und nicht als Kredit zur Verfügung stellt.

Diese Kreditbewegung und diese Zinsverzehrung sei, sagt die Nationalbank weiter, «zum Nachteil sowohl der öffentlichen wie der privaten Wirtschaft». Auch hier ist wiederum leicht ersichtlich, wozu die «Nachteile» bestehen. Einmal macht ein erhöhter Zinssatz, sofern eine ganze Menge Arbeiten unmöglich, die man hätte durchführen können, wenn der Zinssfuß tiefer gewesen wäre. So würde z. B. eine Ferialisierung des Zinssfußes um 1 % den Schweizer Bauern 60 Millionen Franken Zinsen einsparen, was die Bezahlung von 20-30 000 Arbeitskräften auf dem Lande ermöglichen würde. Heute fließt dieses Geld in verhältnismäßig recht weite Hände. Jede Erhöhung des Hypothekenzinssfußes bedeutet eine Mehrzahlung von 45 Millionen an die Hypothekengläubiger, und eine Erhöhung des allgemeinen Zinssfußes um 1/2 % trägt dem Kapital rund 190 Millionen Franken jährlich ein.

Der Ruf, daß sich auch das Kapital heute mit einem «Schloß» statt mit einem goldenen Lohn zufriedengeben müsse, wird daher immer allgemeiner.

Wie die breiten Schichten des Schweizervolkes über die Dienstpflicht des Geldes denken, zeigen die folgenden Sätze: Sie sind einen Artikel entnommen, in dem einer unserer bekanntesten bürgerlichen Tageszeitungen erschienen ist:

«Diese Vortagsstellung des Geldes muß verworfen werden. Der Bund muß Maßnahmen treffen, damit die vielen hundert Millionen Banknoten, die gehammert worden sind, wieder zum Vorschein kommen und dem Vaterland ihren Dienst leisten. Er muß Maßnahmen treffen, damit die vielen hundert Millionen, die in den Banken liegen und sich der Steuerpflicht entziehen, auch herangezogen werden. Er muß, um mit den Worten des Bauern-Nationalrates Segenhaller zu reden, mit seinem Licht leuchtend in die dunklen Gewölbe der Banken und auch dort ein Inventar aufnehmen. Hier lohnt sich das Zählen besser als bei dem Källern, Schweinen und Fühnern. Er muß dafür sorgen, daß das Geld seiner Dienstpflicht gegenüber dem Vaterland besser erfüllt, gleich wie der Soldat. Die Steuerverweigerung muß in Kriegzeiten gleich bestraft werden wie die Dienstverweigerung des Soldaten, denn das Vaterland braucht zu seiner Verteidigung nicht nur Soldaten, sondern auch Geld!»



PHOTO: HENRI ROSS
VI DE 1948 UND VII DE 1953

Links:

«Der Bund hat im letzten Jahr ein genaues Verzeichnis aufgenommen über alle waffenfähigen Männer, alle früher Unfähigkeitsbescheinigungen erteilt, alle gerichtlichen Untersuchungen vorgenommen und wird nach dem Verordnungsstand über die wehrfähigen Frauen und Mädchen ermittelt, so hat bereits die Verzeichnisse aufgenommen über alle gebrauchsfähigen Autos, Pferde und Maschinen, er hat eine Bestandsaufnahme über alle Wirtschaftsinstrumente, insbesondere Lohnsummen, durchgeführt und alle Groß- und Kleinverträge gesammelt. Er ist über alles orientiert, was sich über das Geld. Das ist heilig, das was es nicht zu verlieren. Ist das nicht sonderbar? Man könnte meinen, die Schweiz verarbeite für die Landesverteidigung kein Geld.»

A gauche:
La Confédération a établi le recensement exact de tous les hommes, capable de porter les armes, même ceux qui furent antérieurement déclarés incapables au service ou actuellement atteints d'une nouvelle vision médicale. La Confédération a établi un recensement de toutes les femmes, de toutes les jeunes filles mobilisables, de toutes les autos, chevaux, matériels, de toutes les machines agricoles, de tous les produits automobiles, de chevaliers, de tous de tout ce qui est susceptible d'être employé pour les besoins militaires. L'Etat possède tout ce qui est nécessaire pour la défense nationale. Le Suisse n'a pas besoin d'argent.

Rechts:
«Der Soldat, der zum Militärdienst nicht tauglich wird, politisch gerichts, verhaftet und vom Militärgesetz mit Geldstrafe bestraft. Der Kapitalist aber, sei er ein großer oder ein kleiner, der sein Geld im Stempel oder in einem Bankbuch verreckt oder es über die Grenze schickt, um es der Steuerpflicht gegenüber dem Vaterland zu entziehen, wird nicht bestraft. Der Staat wagt es gar nicht, auch ein Verbrechen gegen die Banken, weil es durch das Bankgeheimnis vor jeder Verfolgung geschützt ist. Der Soldat muß sein Leben wagen für die Verteidigung des Vaterlands, der Kapitalist aber braucht sein Geld nicht zu opfern, weil es eben mehr gilt als das Menschenleben.»

A droite:
Le soldat accomplit ses obligations militaires qui ne le présente pas fait de l'armée ou service en pays étrangers, recherché par la police, arrêté, puni de la prison militaire. Le capitaliste en revanche, qui conserve son argent dans son coffre-fort ou se soustrait à son devoir de contribuable, n'est pas inquiété, pas arrêté, pas puni. L'Etat n'a pas, il est vrai, le moyen de rechercher ces valeurs dissimulées qui protègent le secret des banques. Le pays oblige le soldat à lui offrir sa vie, il n'oblige pas le capitaliste à lui offrir son argent, procurant ainsi bien plus de profit que de la défense que de la vie humaine.

La mobilisation de l'argent

Qui thaurit de l'argent et des billets de banque qui contre le mépris de la communauté et rend au pays un très mauvais service. Tel est, en résumé, l'appui économique lancé par la Banque nationale suisse, après avoir tenu son rôle. Le Président des Etats-Unis, Hoover avait déjà, en 1930, signalé le danger de cette attitude de l'argent. Dans un article intitulé: «Le dollar thaurit: le plus grand danger qui soit pour tous les peuples du monde. Quelque temps après, M. le conseiller fédéral Schulhaus déclara: «L'accumulation de l'argent est un crime envers les peuples.»

Il échappe ainsi au fisc. La thaurition a donc, pour conséquences immédiates: de très grands difficultés d'obtenir du crédit et une augmentation du taux de l'intérêt. La chose est toujours compréhensible. Tant que l'on peut thaurir sans danger, il devient nécessaire d'augmenter le taux de l'intérêt, pour faire sortir des coffres cet argent, que l'on veut mettre au service du crédit.

De leur côté les banques, qui ont permis de conclure à l'urgence nécessaire pour la Confédération de prendre des mesures énergiques en vue d'activer cette mobilisation de capitaux, ont vu chiffrer par centaines de millions, cet argent dont être mis au service du pays, tout comme, il y a un siècle, les soldats. Ceux qui trahissent le bien public, en temps de guerre, sont aussi une égale trahison, que la monnaie qui abandonne son point, que la monnaie qui abandonne son point, que le soldat et de l'argent, pour le servir et pour le défendre.

